

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.4.1928 (No. 98)

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. Kneub,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassentabell gilt und veröffentlicht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ankerent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die französischen Wahlen

Das amtliche Ergebnis des ersten Wahlgangs

Paris, 26. April. (Tel.) Gestern erfolgte die amtliche Nachprüfung des Wahlergebnisses im ersten Wahlgang. Es wurden eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Außerdem sind inzwischen die ausstehenden Ergebnisse aus den französischen Kolonien bekannt geworden. Nach einer amtlichen Statistik ergeben sich nunmehr für den ersten Wahlgang folgende endgültigen Ergebnisse: Von den 612 zu verteilenden Sitzen wurden im ersten Wahlgang 187 besetzt, so daß in 425 Fällen ein zweiter Wahlgang stattzufinden hat. Die 187 gewählten Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

- Kommunisten 0,
- Sozialisten 15,
- Sozialrepublikaner (Painlevé) 6,
- Radikale 21,
- Rechtsradikale (Loucheur) 15,
- Linksrepublikaner 43,
- Rechtsrepublikaner (Marin) 78,
- Rechtsstehende 9.

Weitere Kompromisse für die Stichwahlen

Paris, 26. April. (Tel.) Die Radikalen des Seine-Departements haben gestern beschlossen, ihre Kandidaten, die in wenig aussichtsreicher Stichwahl stehen, zugunsten der Sozialrepublikaner (Painlevé) und Sozialisten zurückzuziehen. Im übrigen zeigt sich die gleiche Haltung der Radikalen und der Sozialrepublikaner gegenüber den Sozialisten in zahlreichen Wahlkreisen, in denen die drei genannten Parteien im ersten Wahlgang eigene Kandidaten aufgestellt hatten. — Im Elsaß ist, wie der „Matin“ berichtet, im Wahlkreis Straßburg-Stadt I der Kandidat der Nationalen Einigung zugunsten des Sozialisten, des Bürgermeisters Peirotes, zurückgetreten, der am Sonntag dem von den Autonomisten unterstützten kommunistischen Kandidaten gegenübersteht. Dasselbe geschieht im Wahlkreis Straßburg-Stadt II, wo am Sonntag auch der Sozialist Weill und ein kommunistischer Kandidat sich gegenüberstellen werden. Die Sozialisten werden in Zabern und in Sagenau die Kandidaten der Nationalen Einigung gegen die Kommunisten und Autonomisten unterstützen.

Die eifassischen Kommunisten für die Kandidaten der Heimatbewegung

Paris, 26. April. (Tel.) „Deuxre“ berichtet, daß in Colmar und in den Wahlkreisen Mülhausen I und II sämtliche kommunistischen Kandidaten sich für den zweiten Wahlgang zugunsten der Autonomisten, Koffé, Krähling und Brogly zurückziehen.

Die Elektrifikation der Schweizerischen Bundesbahnen

Im Jahre 1927 entfielen in der Schweiz 51,2 Proz der gesamten Lokomotivkilometer auf die elektrischen Lokomotiven. An Bruttotonnenkilometer wurden jedoch 66,1 Proz. durch elektrische Zugförderung geleistet. Der Gesamtverbrauch an elektrischer Energie erreichte 1927 rd. 817 421 000 KWH ab Kraftwerk. Hieron entfielen 307 421 000 KWH auf die elektrische Zugförderung der Bundesbahnen, während der Rest für andere Dienste und für Betriebe anderer Bahnen verwendet wurde. Gegenüber 1926 ergibt sich eine Steigerung an Energieverbrauch um 70 778 000 KWH, das heißt um circa 30 Proz. Damit betrug die Gesamtausnützung der Kraftwerkgruppen, bezogen auf die minnere ausnützbarere Jahresenergiemenge, ungefähr 80 Proz.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen. Für Sicherung der glatten Durchführung des deutsch-französischen Handelsabkommens fanden in Berlin Besprechungen der beiderseitigen Delegationen statt, die Mitte Mai fortgesetzt werden.

Fürst Bismarck geht nach London. Nach Mitteilungen der Londoner Presse ist Fürst Bismarck zum Nachfolger des nach Berlin verlegten Gesandtschaftsrates von Plessen an der Londoner deutschen Botschaft ernannt worden. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ dazu erfährt, ist die Versekung des Fürsten Bismarck zur deutschen Botschaft in London noch nicht erfolgt, steht aber in allernächster Zeit bevor.

Frau Eisners Rente aufgewertet. Wie aus München gemeldet wird, hat der bayerische Staat dem Vergleichsvorschlag der Witwe Eisners in dem von ihr angestregten Prozeß um die Aufwertung der ihr feinerzeit bewilligten Rente angenommen. Es werden also 7500 Reichsmark für die Vergangenheit nachgezahlt und eine fortlaufende Rente von 2400 Reichsmark jährlich für Frau und Tochter bewilligt. Für die Tochter gilt diese Rente bis zur Erreichung ihrer Volljährigkeit, für die Witwe auf Lebenszeit.

Verordnung über Gefrierfleischzufuhr. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine vom Reichsernährungsminister und Reichsfinanzminister erlassene Verordnung über zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch, in der die für die zollfreie Einfuhr in Betracht kommenden Gebiete und Einzelheiten über den Abfah des Gefrierfleisches festgelegt sind. Vom 1. Mai ab sollen die Städte Heidelberg, Freiburg und Baden-Baden kein Gefrierfleisch mehr zugeteilt erhalten.

Letzte Nachrichten

Die deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien

Berlin, 26. April. (Tel.) Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag hat heute in einem umfangreichen Urteil seine Entscheidung im Oberschlesischen Schulstreit gefällt. In der juristischen Konstruktion weicht der Gerichtshof in einigen Punkten, insbesondere insofern vom deutschen Klageantrag ab, als er die Erklärung der Erziehungsberechtigten gemäß Art. 131 der Genfer Konvention als Erklärung über die Sprachzugehörigkeit des Kindes auffaßt. In der praktisch wichtigen Frage, die zur Entstehung des Prozesses Anlaß gab, befähigte der Gerichtshof aber in vollem Umfang die erstinstanzliche Entscheidung des Präsidenten Calonder:

Weber dürfen Erklärungen über die Zugehörigkeit zur Minderheit nachgeprüft werden, noch dürfen für die zu den deutschen Schulen angemeldeten Kinder irgendwie von irgend welchen Behörden Sprachprüfungen vorgenommen werden. Damit wird die polnische These, daß sogar Falscherklärungen über die Sprache eines Kindes von den Behörden wegen Amtsmißbrauchs nicht anerkannt werden müssen, zurückgewiesen und wird die Vertragswidrigkeit der von den polnischen Behörden in den Jahren 1926 und 1927 durchgeführten allgemeinen Erhebungen über die Sprache der Kinder und der Erziehungsberechtigten festgestellt. Auch werden sich nach diesem Urteil die zeitweilig vom Völkerverbundrat angeordneten Sprachprüfungen der für die deutschen Minderheitsschulen angemeldeten Kinder nicht wiederholen.

Angeblicher Bombensfund in Budapest

Budapest, 26. April. (Priv.-Tel.) Eine Nachricht von einem angeblichen Bombensfund auf dem Elisabethring hat sich jetzt, wie die heutigen Morgenblätter melden, als stark übertrieben erwiesen. Wie dennoch im Laufe der Nacht an den Fundort gerufenen polizeilichen und militärischen Sachverständigenkommissionen festgestellt haben, handelt es sich um eine ganz ungeschickliche Schrapnellhülle, die sich irgend jemand, der sie seit dem Kriege im Besitz gehabt hat, entledigen wollte.

Erste Lage in Bombay

Bombay, 26. April. (Tel.) Der Streik in den Baumwollspinnereien ist jetzt nahezu vollkommen. Die Zahl der Streikenden beträgt ungefähr 150 000. Der Gouverneur, Sir Leslie Wilson, wird wegen des Erstes der Lage am Freitag aus seiner Sommerresidenz hierher zurückkehren. — Nach einer Meldung aus Ahmedabad hat Gandhy seine für dieses Jahr geplante Europareise aufgegeben.

Die Versuchsanstalt für Luftfahrt Berlin. Wie aus Berlin verlautet, sind die Verhandlungen über die Verlegung der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt nunmehr ein entscheidendes Stück weiter gebiehen. Die zuständigen Instanzen der Stadt Berlin haben eine Grundlage gefunden, damit die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin erhalten bleibt.

Die Metallarbeiterausperrung in Sachsen. Im Reichsarbeitsministerium haben am Mittwoch Nachverhandlungen zu den Schiedssprüchen in der sächsischen Metallindustrie begonnen.

Kündigung der Lohntarife im ober-schlesischen Bergbau. Die ober-schlesischen Bergarbeiterverbände haben in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband die Lohntarife für den Kohlenbergbau, für den Erzbergbau und für die Grubentotereien sowie den Manteltarif für den Erzbergbau zum 31. Mai d. J. gekündigt.

Vertagung des Verfahrens gegen Kölling und Hoffmann. Das Revisionsverfahren gegen Kölling und Hoffmann wurde, wie aus Berlin gemeldet wird, auf unbestimmte Zeit vertagt, um erneut Ermittlungen anzuordnen.

Im Befinden Briands ist eine leichte Besserung eingetreten.

Kein Start der „Bremen“?

Nach einer Meldung aus New York sollen die deutschen Ozeanflieger die Hoffnung aufgegeben haben, mit der „Bremen“ in Greenly Island zu starten, da durch Erweichung des Eises die Schwierigkeiten zu groß geworden seien. Die Flieger beabsichtigen nach der gleichen Quelle, Greenly Island mit dem Fordflugzeug zu verlassen, das Ersatzteile gebracht hatte.

Die „Bremen“-Flieger haben auf einem Ford-Flugzeug Greenly-Insel verlassen.

Der Flieger Bennett, der mit „Balchen“ Ersatzteile nach Greenly Island bringen wollte, aber durch Erkrankung an Lungenerkrankung daran verhindert wurde, ist in Quebec im Krankenhaus gestorben.

* Der Vormarsch Dschiangkaischeks und Japan

Es ist schon richtig, wenn Kenner der ostasiatischen Verhältnisse immer wieder darauf hinweisen, daß es dem Abendländer sehr schwer, ja vielfach geradezu unmöglich sei, hinter die Geheimnisse des Ostens zu dringen und sich ein wirklich zutreffendes Urteil über die dortige Lage zu bilden. Was hat die europäische Öffentlichkeit in den letzten Monaten über China erfahren? Sie bekam eine Fülle von Nachrichten vorgelegt, die man so und so deuten konnte, die aber im allgemeinen nichts davon ahnen ließen, was dann in den letzten Wochen wirklich geschehen ist. Der große Vormarsch der nationalistischen Armee des Südens gegen Peking ist völlig überraschend gekommen. Und noch überraschender sind die Erfolge, welche die Armee davongetragen hat.

Schon vor einigen Monaten wurde gemeldet, daß Dschiangkaischek wieder den Oberbefehl über die nationalistischen Truppen übernommen habe. Man konnte sich ja denken, daß dieser tatkräftige Mann alles daran setzen würde, um das nach dem Rückzug im Herbst des vorigen Jahres desorganisierte Heer wieder neu zu formieren. Verblüffend ist und bleibt aber die Schnelligkeit, mit welcher er diese Aufgabe erledigt hat, und noch mehr die Schnelligkeit, mit welcher er gegen Norden vorgerückt ist. Nach Lage der Dinge konnte ein so rascher und vom Gegner kaum behinderter Vormarsch nur dann gelingen, wenn sich General Feng mit seiner Armee wohlwollend neutral verhielt. Wie es heißt, ist faktisch sogar eine Art Bündnis zwischen Dschiangkaischek und Feng abgeschlossen worden. Doch verpflichtet das Bündnis den „christlichen General“, wie man Herrn Feng gerne nennt, nicht oder noch nicht zu bestimmten, militärischen Operationen.

Südlich vom Hoangho hat auch bereits eine Schlacht zwischen den Truppen Dschiangkaischeks und den Nordtruppen stattgefunden. Die Nationalisten des Nordens haben einen vollkommenen Sieg errungen und sind dadurch Herren der Provinz Schantung geworden, mit Ausnahme des unter japanischem Einfluß stehenden Kiautschou-Gebietes. Auch die Hauptstadt von Schantung, Tsinan, ist von den Truppen Dschiangkaischeks besetzt worden. Von Tsinan führt die Bahn nördlich über Kientin nach Peking. Die Hauptstadt des Nordens, der Hauptstützpunkt des Marschalls Tschangtschun, ist damit bedroht.

Die Besetzung Tsinans hat aber noch eine besondere strategische und politische Bedeutung. Sie ist nämlich erfolgt, indem man ganz bewußt den Japanern zuvor kam. Japan hatte in der Kiautschoubucht neue Truppen gelandet, und der Führer dieser Truppen hatte die Meinung bekundet, selber Tsinan zu besetzen, um, wie es hieß, die Interessen des Kaiserreichs in China zu wahren.

Selbstverständlich war das eine glatte Annahme. Denn Japan ist in keiner Weise berechtigt, falls das Gebiet von Kiautschou nicht unmittelbar angegriffen wird, sich in die innerpolitischen Kämpfe einzumischen, die um den Besitz des Kerns der Provinz Schantung geführt werden. Die nationalistische Regierung hat denn auch in Übereinstimmung mit ihrem Generalissimus Dschiangkaischek gegen die Einmischung Japans protestiert.

Was wird nun Japan tun? Wird es die Besetzung Tsinans durch die nationalistischen Truppen hinnehmen, oder wird es die Dinge auf die Spitze treiben? Mit demselben Augenblick, mit welchem Japan aktiv und mit bewaffneter Hand in die inneren Wirren Chinas eingreift, werden auch die anderen, an China interessierten Großmächte, England, Rußland, Frankreich und Amerika gezwungen werden, ihrerseits zu den Ereignissen Stellung zu nehmen. Da dem so ist, möchten wir einstweilen vermuten, daß die japanische Politik sich noch weiterhin vorsichtig zurückhält und weiterhin abwartet. Daß Japan auf dem Sprunge liegt, darüber kann kein Zweifel bestehen. Und wenn ein Staat sich einmal in die Angelegenheiten eines anderen einmischen will, finden sich sehr bald Vorwände genug, um diese Einmischung scheinbar zu rechtfertigen. Die Situation in China ist jedenfalls mit elektrischen Spannungen geladen, mag man sie nun vom Standpunkt Chinas selbst oder vom Standpunkt der Weltpolitik aus betrachten.

Das russische Problem

Dieser Tage sprach im großen Sitzungssaal der Karlsruher Handelskammer Prof. Dr. Obit, Hannover, über das russische Problem. Die Handelskammer hatte hierzu Einladungen an die Spitzen der Behörden, an Handels- und Industriekreise, sowie an Akademiker ergehen lassen, denen in weitestem Maße Folge geleistet wurde.

Obit sprach auf das eigentliche Thema, die Spiegelung des politischen und wirtschaftlichen Problems Russlands, einig, legte er die Voraussetzungen dar, die Russland im Gegensatz zum Abendland zu einem kollektivistischen Staatsgebilde machen. Es ist das Raumschicksal des russischen Volkes, das nicht das Ich, sondern das Wir entscheiden läßt. Der Redner legte sodann die Gründe dar, warum der Bolschewismus in Russland so tiefe Wurzeln haben konnte. Das ist das politische Raumschicksal des russischen Staates; die Behauptung Europa und vor allem Asien gegenüber. Russland war immer mit Kriegen bedroht und umgeben, und so kam es, daß der russische Staat sein ganzes Sinnen auf die Sicherung einstellte. Die militärischen Belange standen an erster Stelle, für soziale oder kulturelle Fragen hatte niemand Zeit. Auch die Kolonisierung stand unter diesem Stigma. Bis zum Schluß hat die zaristische Regierung nach dieser Methode gehandelt. Das russische Volk kannte kein Diesseitswollen, stumpf und ungebildet war es jenen politischen Diktens unfähig. Die unfürsorglichen Verhältnisse waren möglich durch die Lebensfähigkeit des Russen. Ein Gegenstück zu unserem Bürgertum ist dort nicht zu finden. Eine Art Mittelrinne zwischen der oberen Spitze und der stumpfsinnigen Masse spielte eine kleine, aber in politischer Hinsicht bedeutende Schicht, die sich aus den intellektuellen Kreisen zusammensetzte. Diese Schicht führte die Befehle der Regierung aus, die Bauern zu unterdrücken. Doch diese sogenannte soziale Frontarbeit erzeugte den reuigen Edelmann, und dieser wiederum, und nicht die Masse der Bauern, ist zum Träger der Revolution geworden, um den unterdrückten und geknechteten Bauern ein erträgliches Dasein zu schaffen, um ihn zu einem zähmenden noch jahrzehntlang herrschen, wenn auch in anderer Form, weil dort die intellektuellen und die Dienstleistungsschicht die Idee der Revolution weiterführen werden.

Der Redner geht im folgenden auf die sozialen Experimente ein, die die russischen Führer im letzten Jahrzehnt unternommen haben, zur Verwirklichung ihrer Ideen. Lenin habe den Marxismus nicht logisch, sondern mit der ganzen russischen Gefühlswelt verarbeitet, wodurch konfuse Gedanken über seinen neuen Staat entstehen konnten. Seine Idee des Gleichmachens und des Gleichseins erlitt Schiffbruch, weil unüberführbar. Der Kampf zwischen Stadt und Land ließ Lenin stolzes Gefühlsgebäude zusammenstürzen. Er mußte anstelle des Prinzips der Gleichheit, der Massenlosigkeit, der Brüderlichkeit das ökonomische sehen. Die Führergeneration leide unter der Tragik des Lebens, weil das wirkliche, reale Leben sich stärker erweist als ihr Traumgebilde, das sie sich zurechtgelegt. Eine extreme Welle löst die andere ab; denn vor dem russischen Auge schreut das Gespenst: unser Land umfaßt mehr als 20 Mill. qm, aber wir sind doch ein Volk ohne Raum. Das große unbewohnte Land im Norden und Süden läßt das 150 Millionen Volk auf einen relativ kleinen Raum zusammenzudrängen. Westeuropa ist nicht da.

Zum Schluß seiner Ausführungen, die ein großes Versehen für das russische Volk sind, kommt der Redner auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen. Vor allem könne es sich nur darum handeln, Russland mit qualitativ hochwertigen Produktionsmitteln zu versehen, die es in absehbarer Zeit nicht herstellen kann. Eine deutsche Aufgabe sei es, eine Synthese zu suchen und zu verwirklichen zwischen dem westlichen Individualismus und dem östlichen Kollektivismus, eine Synthese zwischen Ich und Wir; Staat und Wirtschaft müssen die Freiheit des einzelnen Menschen so gewährleisten, daß er schaffen kann, doch darf die Freiheit des einzelnen nicht uferlos werden, sondern sie muß sich einfügen in das Ganze zum Wohle des Ganzen.

Vom Ausbau des Rhône-Rheinkanals. In der letzten Sitzung der Lyoner Handelskammer gab der Vorsitzende Kenntnis von einer Mitteilung des französischen Ministers für die öffentlichen Arbeiten, die besagt, daß die ersten Arbeiten für den Ausbau des Rhône-Rheinkanals vor Ende dieses Jahres vollendet sein werden.

Zum Mailänder Attentat wird aus Mailand gemeldet, daß gegen sechs von den zahlreichen durch die Polizei Verhafteten vor dem Sondergericht zum Schutze des Staates Anklage erhoben werden wird, da schwere Indizien gegen sie vorliegen, an der Ausführung des Attentats teilgenommen zu haben.

Der Badische Sängerbund beim Wiener Sängerbundsfest

Beim 10. Sängerbundsfest in Wien sind im ganzen drei Hauptauftritte vorgesehen: 1. für Donnerstag, 19. Juli, abends Schubert-Chöre, 2. für Freitag, 20. Juli, abends Schubert-Chöre (Wiederholung), 3. für Samstag, 21. Juli, mittags, eine Anschließungsbühne. Bei den Hauptauftritten kommen sowohl Einzelauftritte von Vändern sowie Gesamtvorträge von mehreren Vändern bzw. Kreisen in Betracht. Der Badische Sängerbund ist zum Einzelauftritt in der dritten Hauptauftritte zugelassen. Das bedeutet für ihn eine Auszeichnung, auf die er besonders stolz sein darf; denn es sind insgesamt nur sechs Sängerbünde und die Arbeitsgemeinschaft der Bayern zu Einzelauftritten ausgewählt worden. Der Badische Sängerbund singt im Einzelauftritt folgende zwei Lieder: „Durchs Wiefelgang i geht na“ (Vollweise von Söcher), 2. „Flamme empor“, Richard Trunk. (Dem Badischen Sängerbund von dem Komponisten gewidmet.)

Ferner beteiligt sich der Bund der Gesamtschöre mit dem Berliner Sängerbund, der Arbeitsgemeinschaft der Bayern und den Kreisen Berlin-Brandenburg, Pommern, Provinz Hannover, Hessen-Kassel, Hessen-Nassau, Freistaat Hessen, Pfalz, Saar-Sängerbund, Alpenland und der Deutschen Sängerschaft (Weimar SC). Für die Massenschöre sind ausgewählt: 1. A-cappella-Chöre: a) Weidt: „Früh auf in Gottes Namen“; b) Heinrichs: „Wo gen Himmel Eiden tagen“; c) Kienzl: „Zu Strazburg auf der Schanz“; d) Marschner-Vangs: „Trennung“. 2. Chöre mit Orchesterbegleitung: a) Kremsler: „Im deutschen Geist und Herzen sind wir eins“; b) Walter-Bott: „Deutscher Rhein“.

In der Hauptausstellung des Badischen Sängerbundes in Offenbach wurde der Hauptsache nach über das 10. Deutsche Sängerbundsfest in Wien berichtet und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Aus Baden beteiligten sich am großen Wiener Sängerbundsfest 4570 Personen, darunter 3800 Sänger und 264 Frauen. Es fahren aus Baden voraussichtlich folgende Sonderzüge nach Wien: von Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg, Basel und Konstanz.

Aus der Wahlbewegung

Stürmischer Verlauf einer Stresemannversammlung in München

Anläßlich einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in München, in der Dr. Stresemann sprach, kam es am Mittwoch abend zu solch heftigen Ausschreitungen von Nationalsozialisten, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Die Versammlung war schon zwei Stunden vor Beginn völlig überfüllt. Es hatten sich zahlreiche Nationalsozialisten eingefunden. Es gelang Dr. Stresemann, etwa 1½ Stunden zu sprechen und seine Gedanken trotz mehrfacher Unterbrechung durch die Nationalsozialisten, die mit Trillerpfeifen kämpften, durchzusetzen. Im Verlaufe der innerpolitischen Ausführungen des Ministers stimmten die Nationalsozialisten demonstrativ in störender Absicht das Deutschlandlied, das Hittlerlied und die Nacht am Rhein an, und brachten auch Hochrufe auf Hitler aus, die von den Anhängern Stresemanns mit Hochrufen auf den Außenminister erwidert wurden. Da es sich als unmöglich erwies, die Ruhe in der Versammlung wieder herzustellen, schloß der Vorsitzende gegen 10 Uhr die Versammlung mit der ausdrücklichen Feststellung, daß es nicht möglich gewesen sei, dem deutschen Außenminister in München Gehör zu verschaffen. Dr. Stresemann hatte am Schluß seiner Rede dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß den Gegnern auch das Deutschlandlied nicht heilig genug sei, um nicht von ihnen als Störungsmittel gebraucht zu werden. Beim Verlassen des Saales wurden dem Minister von seinen Anhängern erneute Ovationen dargebracht, während die Hitler-Anhänger das Hittlerlied weiter sangen. Landespolizei und blaue Polizei räumten schließlich den Saal. Der Minister reiste programmäßig um 11 Uhr abends nach Berlin zurück.

In seiner Rede nahm er einleitend zur Frage Reich und Länder Stellung. Das Verhältnis Bayerns zum Reich sei nicht immer frei von Spannungen gewesen, ein Zustand, der nur durch Befestigung jeglichen Mißtrauens und durch Zusammenarbeit beseitigt werden könne. Der Minister ging sodann auf die Frage der Kleinrentner ein und betonte, daß kein Aufheben nicht lebensfähiger Länder in größere Länder kein Hindernis entgegengestellt werden solle. Im übrigen müsse die Länderkonferenz diese Frage klären. Zur Reichsverfassung bezeichnete Dr. Stresemann diese als das Dach, unter dem wir leben. Deshalb arbeite die Deutsche Volkspartei an und im republikanischen Deutschland. Den Schluß der Ausführungen bildete die Behandlung der Außenpolitik und der innerpolitischen Entwicklung seit 1923.

Anwartschaft u. freiwillige Weiterversicherung in der Angestelltenversicherung

Nach dem Gesetz vom 29. März 1928 gelten alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1928 als aufrechterhalten ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig oder kein Beitrag entrichtet wurde. Erst vom Jahre 1929 an greifen die allgemeinen Vorschriften, nach denen der Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahre seiner Versicherung jährlich mindestens 8, vom 12. Kalenderjahre an jährlich mindestens 4 Beitragsmonate zur Erhaltung der Anwartschaft nachweisen muß.

Bis zum Schluß des Jahres 1928 kann jeder noch berufsfähige Versicherte, der seit 1918 mindestens 4 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt hat, seine Anwartschaft wieder aufleben lassen, wenn er die für 1928 und 1927 erforderlichen freiwilligen Beiträge nachentrichtet. Nach dem gleichen Gesetz sind freiwillige Beiträge für die Zeit vom 1. April 1928 an in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Klasse B zu entrichten. In Klasse B können nur Beiträge von solchen Versicherten geleistet werden, die ohne Einkommen sind, oder deren Einkommen im Monat den Betrag von 100 M nicht übersteigt.

Zur Lage in China

Der Oberbefehlshaber der Nationalisten in Nanjing bestätigte die Einnahme von Ktsanfu. Er erklärt, die Nationalisten hätten 60 000 Gewehre und 110 Feldgeschütze erbeutet.

Wie Habas aus Nanjing meldet, protestiert der Zentralkomitee der Nationalisten in einem Manifest gegen die Entsendung japanischer Truppen nach Schantung, weil die japanische Erklärung, daß es sich zum Schutze der japanischen Staatsangehörigen handle, nur ein Vorwand sei, der zu folgenschweren Ereignissen führen könne, für die China nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Die Agentur Indopacific meldet aus Peking, daß die Lage der Nordtruppen auf allen Fronten sich gebessert habe. Die Nord- und Südbürger protestierten gegen die Entsendung japanischer Truppen in die Provinz Schantung.

Die Reichsbahn und die wandernde Jugend

Der Reichstag hat im Sommer vorigen Jahres in einer Entschließung die Reichsregierung ersucht, auf die Hauptverwaltung der Reichsbahn dahin einzuwirken, daß für Jugendwanderungen, Turn- und Sportfahrten usw. größere Fahrpreismäßigungen gewährt werden. Es wurde in dieser Entschließung gefordert, daß bei einer Mindestteilnehmerzahl von fünf Personen ein Fahrgeld von 1 Mpf für jeden Kilometer in der vierten Klasse eingeführt werden solle. Der Verband der deutschen Jugendherbergen, der Deutsche Reichsausschuß für Leibübungen, der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände und die Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege haben in einer Eingabe die gleichen Forderungen an die Reichsbahn gerichtet. Diese hat leider einen ablehnenden Bescheid erteilt, und zwar mit der Begründung, daß eine weitere Herabsetzung des Fahrpreises für Jugendpferfahrten nicht in Frage komme, weil schon der jetzige Fahrpreis wesentlich die Selbstkosten nicht deckt. Bei der großen Zahl der in den Jugendpfervereinen zusammengeschlossenen Jugendlichen und bei dem Umfange, in dem schon jetzt von der Ermäßigung Gebrauch gemacht werde, würde jede Erweiterung des Benutzerkreises zu beträchtlichen Einnahmeausfällen führen. Die Reichsbahn machte ferner geltend, daß weitgehender Mißbrauch mit den Vergünstigungen für Jugendliche getrieben worden sei, so z. B. durch Teilnahme von Erwachsenen über 20 Jahre, durch Beteiligung von Angehörigen verschiedener Jugendpfervereine an politischen Agitationsfahrten, durch Feld- und Forstdiebstahl von Jugendlichen sowie durch Vergehen gegen die Bahnpolizeivorschriften, endlich durch Zusammenstoß nicht organisierter Jugend zu Wanderbänden zwecks Erlangung der Fahrpreismäßigung.

Die Beweisführung der Reichsbahn läßt leider wenig Verständnis für die große Bedeutung der Jugendwanderungen erkennen. Es gibt schließlich keine Einrichtung, die nicht in Einzelfällen mißbraucht wird. Zweifelloserweise betreffen aber die von der Reichsbahn angeführten Mißbräuche so seltene Ausnahmefälle, daß sie wirklich nicht zur Begründung der jugendfeindlichen Haltung der Reichsbahnverwaltung herangezogen werden können. Was die Klage über die Beteiligung der nichtorganisierten Jugend an den Wanderfahrten und an den Fahrpreismäßigungen anbelangt, so ist hierzu zu sagen, daß die Ausschaltung dieser Jugend durchaus unbedenklich ist. Die Nichtorganisierten umfassen drei Viertel der deutschen Jugend und sie haben eine Erleichterung der Hinkehr zur Natur noch viel nötiger als die Jugend, die schon einen Halt in ihren Vereinen hat. Der Jugendfreund wird daher die Teilnahme möglichst weiter Kreise der Jugend an den Jugendfahrten nur freudig begrüßen können, weil sie zur Befundung der deutschen Jugend beitragen.

Die im Erwerbsleben stehende Jugend kann nur zu ganz billigen Tarifen fahren, oder sie muß in ihren Stadtmauern bleiben. Zu hohe Fahrpreise haben zur Folge, daß ein großer Teil der Jugend die wenigen Groschen in leichte Stadtbewegungen oder Genußmittel umsetzt, anstatt sie für Jugendfahrten zu verwenden. In keinem Lande hat die Volkspartei einen solchen Zusammenbruch erlitten wie bei uns, und doch läßt sich Deutschland von anderen Ländern, wie England, Holland, Norwegen, der Schweiz und Schweden durch Fahrpreismäßigungen für die Jugend überbieten.

Daher ist es außerordentlich bedauerlich, daß die Reichsbahnverwaltung die gesundheitsfördernde Wirkung des Jugendwanderns ebenso übersehen, wie die verkehrshemmende. Heute wandert und reist nur ein kleiner Bruchteil des deutschen Volkes. Durch planmäßiges Jugendwandern soll das heranwachsende Geschlecht so an das Wandern und Reisen gewöhnt werden, daß es zur allgemeinen Volkssitte wird. Die Wanderfahrpreise werden außerdem durch vermehrte Benutzung seitens solcher Jugendlichen, die zu den heutigen Preisen nicht fahren können, reichlich ausgeglichen. Der Deutsche Städtebund, der Reichsstadtebund, der Deutsche Landgemeindegewerbeverband und der Deutsche Landvolkbund haben daher einmütig die Forderungen des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen in der Frage der Fahrpreismäßigung unterstützt. Zum gleichen Zwecke hat auch der Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahnangeschriebenen ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Aus den Laufenden und aber Tausenden Heilberufsanträgen gerade aus den Kreisen unserer jugendlichen Versicherten ersehen wir besonders eindringlich, wie schwer die Gesundheit der heranwachsenden Jugend durch die Kriegszeit und die wirtschaftliche Not der Nachkriegszeit gelitten hat. Am meisten bedroht sind die Jugendlichen in den größeren Städten, denen der Weg ins Freie und die Hinkehr zur Natur am meisten erspürbar ist. Wir halten es daher für notwendig,

Die Jugend hat die Kriegs- und Hungerjahre noch nicht überstanden

Bei der Schlußfeier der Höheren Mädchenschule in Freiburg hielt der Direktor der Anstalt, Professor Weber, eine Rede, in der er seine Zuhörer über die Gründe aufklärte, die nach Ansicht der Lehrerschaft sehr oft Anlaß zu bellagerten Mißverhalten der Schülerinnen geben. Es ist in erster Linie Oberflächlichkeit, mangelnde Konzentration, d. h. die mangelnde geistige Fähigkeit, alle Kräfte des Verstandes und Willens auf den einen zu erfassenden Gegenstand hinzulenken, um ihn möglichst reiflos dem eigenen Denken und dem Gedächtnis einzuverleiben. Diese Konzentrationsunfähigkeit ist ohne Zweifel eine Folge unserer ganzen Zeitverhältnisse. Nach dem Urteil hervorragender Ärzte und Hochschullehrer sind die unheilvollen Nachwirkungen der Kriegs- und Hungerjahre noch immer nicht völlig überwunden und zeigen sich in der unsere Zeit charakterisierenden Nervosität. Zu diesem mehr natürlichen Grund kommen leider, und es sind weitestgehend zahlreicher, noch solche, die erst künstlich in die Jugend hineingetragen werden: Die Teilnahme der Jugend an allen möglichen Partys und Abenden bis tief in die Nacht hinein. Der Freund der Jugend muß von Sorge erfüllt werden, wenn er sehen muß wie Bogmeister, Madrenn- und Schwimmmeister, exotische Tänzer und Tänzerinnen vom deutschen Volke mehr genannt und gepriesen werden, als Männer der Wissenschaft, die durch ihr Gelehrtenleben und ihre Erfindungen zu Wohltätern der Menschheit geworden sind.

Stuttgarter und badische Sektion. Am 28. April wird in Stuttgart die fünfte Ausstellung der Stuttgarter Sektion eröffnet. Bekannter gehören an: Karl Albriter, Kurt Edzard, Wilhelm Gerzfel, Rudolf Grobmann, Albert Hauersen, Edwin Heinrich, Karl Hofer, Alexander Kanold, Hans Reid, Rudolf Schlichter, Georg Scholz, Adolf Strübe, Hermann Strübe, Kurt, E. A. Weis usw. Der Stuttgarter Sektion gehören an: Heinrich Alter, Alfred Löcher, Meinhold Kägele, Bernhard Rantof, Hans Spiegel, Arnold Walzmann u. a. Ein mit 24 Abbildungen ausgestatteter Katalog erscheint in den Veröffentlichungen des Kunstarchivs in Berlin.

Die diesjährigen Heidelberger Festspiele finden in der Zeit vom 21. Juli bis 15. August wieder unter der künstlerischen Leitung von Gustav Hartung statt. Im Schloßhof wird das „Räthen von Heilbronn“ von Meiß mit der hierzu eigens eingerichteten Musik von Carl Maria von Weber und „Ein Sommernachtsstraum“ von Shakespeare mit der Musik von Ernst Krenek neuinszeniert und ist zum großen Teil in neuer Besetzung als Nachvorstellung aufgeführt. Im Stadttheater geht Gerhart Hauptmanns Scharfschütze „Schuld und Jan“ in Szene. Am Nachmittag, den 21. Juli, findet in der Aula der Universität ein feierlicher Akt zur Eröffnung der Festspiele statt, wobei Gerhart Hauptmann die Festrede halten wird.

Das Defizit der Frankfurter Musikausstellung. Der Frankfurter Stadtvordereordnetenversammlung lag ein Antrag des Magistrats vor auf Bewilligung der Begleichung des Defizits von 1 180 000 M für die Musikausstellung. Von verschiedenen Parteien wurde die Vorlage scharf kritisiert; die Geschäftsleitung habe verlagert. Die Vorlage wurde an den Hauptauschuß überwiesen.

Räthe Kollwitz. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist Frau Professor Käthe Kollwitz vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Weder, namens der des preussischen Staatsministeriums zur Vorberichterin des Meisterateliers für Graphik an der Preussischen Akademie der Künste zu Berlin ernannt worden. Frau Kollwitz tritt zugleich dem Senat der Akademie bei.

Badisches Landestheater. In der Aufführung von Einemans Oper „Die verkaufte Braut“ am Freitag, den 27. April, sind beschäftigt die Damen Blaus, Seiberlich, Strauß und Weiner sowie die Herren Rauffalter, Löser, Müller, Kuntwig, Schuster, Vogel und Gröbinger. Musikalische Leitung: Josef Krips. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr. Sonntag, den 29. April, „Tristan und Isolde“ von Richard Wagner. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Josef Krips und die szenische in Händen von Otto Krauß. In der Partie der „Isolde“ gastiert Lily Safaren.

Das alle Maßnahmen, die zur körperlichen und seelischen Erziehung unserer Jugend beitragen, nach Kräften unterstützt werden. Noch eine große Anzahl anderer sozialer, volkshygienischer und ähnlicher Vereinigungen hat sich dieser Bewegung für die Einräumung des Einspennkilometerjahres für Jugendfahrten angeschlossen. Besonders eindrucksvoll ist die Denkschrift des Stadtverbandes für Leibesübungen in Münster i. W. „Nur derjenige“, so heißt es in dieser Denkschrift, „der im Vereinsleben tätig ist oder der Jugendwanderungen geleitet hat, weiß, wie knapp es in dieser Zeit finanzieller Natur um die Barmittel unserer Jugendlichen bestellt ist. Nur bei größter Opferfreudigkeit und äußerster Sparsamkeit ist es den meisten Vereinen und Jugendbänden noch möglich, überhaupt weiter zu bestehen. Da sollte man nun mit Recht annehmen dürfen, daß gerade auch die Reichseisenbahngesellschaft ein Einsehen mit dieser Not des Volkes gehabt hätte und sich dem deutschen Sport und Wandern fördernd zur Seite stellte. Statt dessen aber werden von der Reichseisenbahngesellschaft Bestimmungen erlassen, die einen merkwürdigen Schritt rückwärts in der Jugendpflege bedeuten.“

Man darf wohl hoffen, daß sich die Reichsbahn den einmütigen Vorstellungen aller in der Jugendpflege tätigen Verbände und Organisationen, die vom Reichstage, den gemeindlichen Spitzenvereinigungen und den städtischen Ämtern für Leibesübungen und Jugendpflege aufs nachdrücklichste unterstützt werden, nicht wird entziehen können. Der Einspennkilometer-Tarif wird allgemein als nötig erachtet, um die Gesundheit der Jugend durch Wandern und Leibesübungen zu erreichen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

22. Sitzung.

23. Karlsruhe, 26. April.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Vormittagsitzung mit der Bekanntgabe eines Straußes neuer Eingänge,

worunter sich neben Regierungsmitteln wieder zahlreiche Gesuche (24 allein zur Besoldungsordnung), sowie Entschuldigungen landwirtschaftlicher Versammlungen zur gegenwärtigen Motlage befinden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Dr. Oberkircher (D. Vp.) über

die Mandatsniederlegung

der sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Engler und Freidhof. Ersterer hat bekanntlich das Amt des Präsidenten des Landesarbeitsamts für Hessen-Nassau mit dem Sitz in Frankfurt a. M. übernommen, während Freidhof seinen Wohnsitz nach Kassel verlegt hat. Für die beiden treten die Hausfrau Trautwein von Forzheim und Steinhilber Arnold von Mannheim (der schon zweimal Mitglied des Hauses war) neu in den Landtag ein. Das Plenum nimmt davon Kenntnis, worauf der Präsident die beiden neuen Abgeordneten willkommen heißt.

Es folgte nunmehr ein eingehender orientierender Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, Abg. Schneider (Zent.), eines gründlichen Kenners der Materie, über den wichtigen Entwurf eines

Landesjustizkostengesetzes.

Er zollt der Regierung Anerkennung für die der Vorlage beigegebene klare Begründung und geht dann in anderthalbstündigen Darlegungen auf die grundsätzlichen Bestimmungen des 122 Paragraphen umfassenden Entwurfes näher ein. Wir haben das Wesentliche daraus und die dazu im Einverständnis mit der Regierung gefassten Ausschlußbeschlüsse bereits veröffentlicht. Grundbedingung der Vorlage, die sich eng an die bewährte württembergische Regelung anlehnt, ist die Vereinfachung des Kostenwesens, eine Erhöhung der bisher sehr niedrig bemessenen Gebührensätze für Beurteilungen, andererseits eine Verbilligung, soweit diese durch die sozialen Verhältnisse gerechtfertigt erscheint. Der Antrag des Ausschusses geht auf Annahme des Gesetzentwurfes mit den von ihm beschlossenen Änderungen. Diese sind in der Hauptsache folgende:

In § 11 Abs. 1 Satz 4:

Bleibt der Kaufpreis hinter dem gemeinen Wert am Fälligkeitstage zurück, so ist der gemeine Wert der verkauften Sache an diesem Tage maßgebend.

In § 12 Abs. 2:

Ist die Nutzung oder die Leistung auf die Lebensdauer einer Person beschränkt, so gilt als Wert bei einem Lebensalter von über 55 bis 65 Jahren der 8/10fache, über 65 bis 75 Jahren der 5/10fache, über 75 bis 80 Jahren der 3/10fache, über 80 Jahren der 2/10fache Betrag des einjährigen Meinertrages.

In § 13 Abs. 6:

Der Wert eines Miet- oder Pachtrechts bemittelt sich nach dem zukunftsgeredneten Wert aller Leistungen des Mieters oder Pächters während der ganzen Vertragszeit. In keinem Falle darf der Wert den 1/2fachen (nach der Vorlage den 2/3fachen) Betrag des einjährigen Miet- oder Pachtzinses übersteigen.

§ 19 Abs. 1, der die Gebührenfreiheit betrifft, erhält folgende Fassung:

„Verteidigungsträger der Reichs-Armeen, Invaliden, Angehörigen und Annapflichtsverpflichteter, sowie Massenverbände und Massenvereinigungen (Reichsversicherungsordnung §§ 406, 414) in Angelegenheiten, die der Gesundheitsfürsorge und Krankenpflege dienen.“

Das Gesetz soll bereits am 16. Mai d. J. in Kraft treten. Es ist namentlich die Abtötung über das Gesetz beantragt.

Gegen 2 Uhr tritt nach über zweistündigen Darlegungen des Abg. Schneider Vertagung ein. Weiterberatung am Nachmittag.

Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer

Dem Landtag ist ein Initiativantrag Dr. Baumgartner (Zent.) und D. Mayer (Bürgerl. Vg.) zugegangen, wonach die Geltungsdauer des Gesetzes über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln vom 19. Dezember 1924 über das Ende 1928 hinaus mit sofortiger Wirkung bis 1. April 1931 verlängert werden wird.

Dazu liegt ein Antrag D. Mayer vor, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, die Kirchen auf den Zeitpunkt vorzubereiten, zu welchem das erwähnte Gesetz nicht mehr verlängert werden wird.

Verurteilung Kenzlers

23. Mannheim, 25. April. Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Kenzler, der jetzt der linken Gruppe der Kommunisten angehört, wurde vom Schwurgericht wegen Verleumdung durch die Presse und seines Vorgehens gegen das Kernpublizitätsgesetz zu einer Gesamtstrafe von 500 M verurteilt. Es handelt sich um eine Reihe von Artikeln in der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ aus dem Jahre 1924. Die Last bleibt wegen weiterer Pressedelikte aufrechterhalten.

Stadtschulrat Wilhelm Jhrig †

23. Mannheim, 26. April. Gestern nachmittag ist Stadtschulrat Wilhelm Jhrig im Städt. Krankenhaus an Herzschwäche verschieden. Ein arbeitsreiches Leben, das in den letzten 30 Jahren aufs engste mit Mannheims politischem und Schulleben verbunden war, hat seinen Abschluß gefunden. Der Heimgegangene ist am 30. März 1865 in Strümpfelbrom (Odenwald) als Sohn eines Landwirts geboren. Er erwählte den Lehrerberuf und wurde 1885 unter die Schullehrer aufgenommen. 1898 als Hauptlehrer nach Mannheim versetzt, wurde er 1910 Oberlehrer, 1920 Kreisinspektionsrat für Mannheim-Land und am 22. Juni 1925 anstelle Geheimrats Dr. Sidinger zum Leiter des Stadtschulamtes Mannheim ernannt. Auf allen seinen Posten hat er sich als bedeutender Pädagoge erwiesen. Aber die politische Laufbahn Jhrigs ist zu erwähnen: Am 30. September 1902 zog Jhrig als Stadtverordneter der deutsch-demokratischen Fraktion in den Mannheimer Bürgerausschuß ein, dem er ununterbrochen über 25 Jahre bis zu seinem Tode, seit 1917 auch als Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes, angehörte. 1904 wählte ihn der Bezirk Schwabingen zum Landtagsabgeordneten. Jhrig sah bis 1908 im Reichstag, 1919 in die badische Nationalversammlung berufen, hatte er bis 1921 das Amt des zweiten Vizepräsidenten inne. Ein Sohn und zwei Töchter trauern um den Verstorbenen, dem die Gattin im Tode vorangegangen war.

Tagungen

Tagung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V. Am Sonntag, den 6. Mai 1928, vormittags 10 Uhr, findet in Heidelberg im großen Saale der „Harmonie“ die 9. ordentliche Generalversammlung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V. statt. Voraus geht Samstag eine Landesvorstandssitzung im Handelskammergebäude, während am Montag, den 7. Mai, die Tagungen der angeschlossenen Fachgruppen folgen. Für Montag abend ist ein gemeinsames Abendessen auf der Mollentur vorgesehen. Bei Eintreten der Dunkelheit wird eine Beleuchtung des Schlosshofes und der Südfassade des Heidelberger Schlosses stattfinden.

Vom badischen Lehrerverein. Wie verlautet, beabsichtigt der Badische Lehrerverein, seine nächstjährige Mitgliederversammlung in Freiburg i. Br. abzuhalten.

Lohnbewegungen in Baden

Schiedspruch für die Karlsruher Industrie. Vom Gewerkschaftsbund der Angestellten wird uns mitgeteilt, daß der Schlichtungsausschuß Karlsruhe für die kaufmännischen und technischen Angestellten im Handelskammerbezirk Karlsruhe für die gesamte Industrie einen Schiedspruch gefaßt hat, wonach die Gehälter mit Wirkung ab 1. April um 7 1/2 Prozent erhöht werden.

Schiedspruch in der oberbadischen Metallindustrie. Der für die oberbadische Metallindustrie gefaßte Schiedspruch im Lohnstreit fand einstimmige Zustimmung. Dadurch tritt eine Erhöhung von 77 auf 82 Pf. ein.

Regelung der Gehälter in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Bei den Verhandlungen über die Angestelltengehälter der Schwarzwälder Uhrenindustrie kam es vor dem Schlichtungsausschuß Nottwil zu einer freien Vereinbarung, wonach der Gehalt von 202 auf 218 M erhöht wird.

Gemeinde-Rundschau

Neue Schulbauten in Heidelberg. Im Verlaufe der Heidelberger Voranschlagsberatung wurde u. a. beschlossen, ein Bauprogramm für Schulhausneubauten einzubringen, da mehrere Volksschulgebäude längst nicht mehr ausreichend sind und auch andere Schulen seit langem (vor allem die Oberrealschule) auf einen Neubau warten. Ferner stimmte man einer Erhöhung der Fürsorgeerlöse zu.

Aus dem Gemeindehaushalt Billingen. Auf der Tagesordnung der nächsten Billinger Bürgerausschusssitzung steht u. a. das städtische Wohnungsbauprogramm für 1928. Es ist vorgesehen 70 Wohnungen durch Veräußerung von Baulandstücken im Einzelbetrage von 5-7000 M zu fördern, und zwar soll zu diesem Zweck ein Anleihen von 285 000 M aufgenommen werden. Außerdem sind für Bauzwecke noch 200 000 M vorhanden die bereits im letzten Herbst bewilligt, aber noch nicht in Anspruch genommen wurden. Weiter will die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten mit Hilfe der Stadt 16 Einfamilienhäuser erstellen. Weiterhin hat der Bürgerausschuß zu bewilligen rund 30 000 M als Nachtrag zur Friedhofserweiterung, 13 000 M zum Ankauf eines sich für eine Försterei eignenden Anwesens in Unterirnach und 46 000 M für die Verstellung einer neuen Straße in Billingen. Die schon längst angelegte Verdreitung der zum Bahnhof führenden Paradiesgasse soll durch den Verkauf des Gasthauses zum Paradies erreicht werden, da es abgerissen und ein modernes Hotel dort erstellt werden soll.

Siedlungsbau in Walsbühl. Mit dem Bau der städtischen Siedlung im Schmitzinger Tal wird im nächsten Monat begonnen werden. Der Wohnungsverband hat in seiner letzten Sitzung für diese Siedlung einen Zuschuß von 145 000 M bewilligt.

Der Gemeinderat Immendingen hat die endgültige Gemeindeumlage für 1927 vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses festgesetzt. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928 schließt mit einem durch Gemeindesteuer zu deckenden Fehlbetrag von 16 793 Reichsmark ab. Zur Ausgleichung des ungedeckten Fehlbetrages wird eine Gemeindesteuer in Höhe von 100 Hundertteilen, der in Gruppen 1, 2, 3, 4, 5 und 6a um 25 Prozent erhöhten Steuergrundbeträge erhoben. Dies entspricht einem Steuerfuß von a) für Grundvermögen 50 Pf. von 100 M Steuerwert, b) vom Betriebsvermögen 20 Pf. von 100 M Steuerwert, c) vom Gewerbeertrag 3 M für je 100 M Ertrag. Da die bisherige Umlage für Grund- und Betriebsvermögen 45 Pf. betrug, sich jedoch die Steuerwerte für Grundvermögen um 30 v. H. ermäßigt haben, beträgt die vorgesehene Umlage für das Grundvermögen von 50 Pf. in der Endsumme 10 Pf. pro 100 M Steuerwert weniger wie bisher; die Ermäßigung beim Betriebsvermögen beträgt 25 Pf. pro 100 M Steuerwert gegenüber bisher.

Zur Frage der Ringüberlegung. Auf Grund eines vom Gemeinderat Kehl im vergangenen Jahr gestellten Antrags wurden am Mittwoch, den 25. d. M., die Pläne der Ringüberlegung durch Vertreter der Wasser- und Straßendirektion in Karlsruhe dem Gemeinderat in Gegenwart von Vertretern der Reichsbahn und der Mittelbadischen Eisenbahnen A. G. erläutert. Vertreter der Bürgerausschusssaktionen waren dazu eingeladen.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landesfeuerwache Karlsruhe. Injere Witterung steht unverändert unter dem Einfluß des europäischen Hochdruckgebietes. Ein Teiltief, das sich von der großen Island-System abgelöst hat und heute morgen über der Wikata liegt, hat in Frankfurt nur hohe Bewölkung verursacht. Wetterausichten für Freitag: Anhaltend trocken, warm und meist heiter bei östlicher Luftzufuhr.

Aus der Landeshauptstadt

Der Karlsruher Stadtpark zeigt mit dem Beginn der warmen Jahreszeit eine Reihe Verbesserungen und Neuerungen. Dieser schöne Erholungsmittelpunkt unserer Landeshauptstadt, demgegenüber Städte ähnlicher Größe zu suchen sein werden, die gleichartiges aufweisen, bedarf gewiß noch in manchem des Ausbaues — es sei nur an die so dringend gewünschte Orchestermusik, über deren Standpunkt man sich freilich noch einig werden muß und zu der auch ein Stifter gesucht wird, erinnert —, immerhin können sich die Neuerungen dieses Jahres sehen lassen. Im eigentlichen Stadtpark ist ein neuer Brunnen in Majolika von Bildhauer Sutor aufgestellt, dessen Figuren den „Maus der Europa“ darstellen, ein in seiner warmbraunen Tönung sehr ansprechend wirkendes eigenartiges Kunstwerk. Zum japanischen Tempelchen, einem Geschenk aus Japan an die Stadt, sind nun die im Lande der aufgehenden Sonne üblichen Tempeltore aufgestellt. Es handelt sich bei diesem kunstvollen Holzbau mit seinen Schnitzereien und Bronzebeschlägen nicht etwa um ein Modell, sondern um ein hervorragend gut gearbeitetes Original der Tempelchen, wie sie in Japan in Gärten Privater stehen. In Aussicht genommen ist ferner eine neuzeitliche Schattenanlage für die Schauhäuser beim Rosengarten, ebenso ein neues Bootshauschen anstelle des verschwundenen alten. Dort soll auch ein Fernsprechautomat untergebracht werden. Der Tiergarten weist eine Reihe von Neuzugängen auf, vor allem im umgebauten Raubtierhaus ein Löwenpaar, einen Königstiger und zahlreiche Jungtiere. Das Emuweibchen hat ein Männchen erhalten und die beiden munteren Fischottern werden hoffentlich nicht wieder durch den Unverstand des fütternden Publikums eingehen. Weitere Neuerungen sind u. a.: ein Nisientänjurah, Kronentränke, Helmlaure, ein paar Meise-Molly, der junge Elefant, hat die Kunststücke, die ihm ein Jnder während des Winters beibrachte, nicht verlernt. Auch der Tiergarten wird weiteren Schmuck noch erhalten. Im Blumengarten soll eine Majolika von Professor Volz aufgestellt werden. Im Runden Garten wird ein Brunnen von Bildhauer Jttermann zu Ehren des Stifters und Ehrenbürgers Wolff errichtet. In diesem Sommer wird der Stadtpark wieder eine Reihe von Veranstaltungen sehen, zunächst am 6. Mai den Sommertagszug.

Zum Kriegsschadensschlußgesetz. In einer Mitgliederversammlung der Karlsruher Vereinigung der aus Glashütten- und Zementbetrieben verdrängten Handel- und Gewerbetreibenden fand das sogenannte Schlußentschädigungsgesetz auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende Niehm berichtete eingehend an Hand einer alle Schadensfragen ausführlich behandelnden Broschüre des Geschäftsführers des Hilfsbundes für die Glashütten- und Zementbetriebe, Rechtsanwalt und Notar Dr. Purzer, Berlin, und empfahl den Geschädigten, sich an Hand dieser Broschüre im einzelnen über ihre bezüglichen Schadensansprüche zu informieren. Die Geschädigtenverbände könnten das Gesetz nicht als Schlußgesetz anerkennen. Der frühere Straßburger Stadtrat und Reichstagsabgeordnete Böhle, Sasbachwalden, Bundesvorstandsmitglied des Hilfsbundes, der zu den Vorarbeiten für das Entschädigungsgesetz vielfach als Berater hinzugezogen worden war, gab Einzelheiten über den Werdegang dieser Entschädigung. Was jetzt gegeben werde, sei nichts weiter als eine kleine Aufwertung.

Alle Tage neue Unfälle. Nachdem am Dienstag drei Verkehrsunfälle zu verzeichnen waren, brachte der gestrige Mittwoch deren vier. Man kann dabei noch vom Glück im Unglück sprechen.

Lebensschicksale. Ein 80 Jahre alter Schriftsteller und ein 59 jähriger Schiffseher, die sich auf der Wanderschaft befanden, sind hier vor Schwäche zusammengebrochen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

6. Heidelberg, 26. April. Der Direktor des Heidelberger ägyptologischen Instituts, Prof. Dr. Naue, ist von seiner Expedition nach Ägypten zurückgekehrt. Das Ergebnis der Forschungen, an denen sich auch die Professoren Dr. Junkers aus Wien und Dr. Scharff aus Berlin beteiligten, wird als sehr zufriedenstellend bezeichnet.

23. Forzheim, 25. April. Im Alter von nahezu 77 Jahren starb der in der hiesigen Industrie wohlbetante Fabrikant Theodor Eberhard Knoll, früherer Teilhaber und später alleiniger Inhaber der Fa. Knoll & Pregelzer. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er, nachdem er das Geschäft seinen Söhnen übergeben hatte, in Nagold, wo die Firma seit 30 Jahren eine Zweigniederlassung hat.

23. Achern, 25. April. Der weithin bekannte Mitinhaber des Kurhauses Hundsd, Hotelier Stefan Maushart, ist im Alter von 60 Jahren verstorben. 41 Jahre lang hat er auf der Hundsd gewirkt und mit seinem Sozjus, Herrn Hammer, aus dem kleinen Höhenhotel eines der modernsten Kurhäuser geschaffen.

6. Freiburg, 26. April. Die Sprengung der alten Brücke über die Ravensaschlucht nähert sich dem Ende. Die Hälfte der Brücke ist bereits gesprengt. Bis Sonntag dürfte auch der noch stehende Teil verschwunden sein. Die Eisenteile, Brückengelenke und Schienen haben ein Gewicht von 240 t. Es ist bis jetzt gelungen, die Sprengungsarbeiten ohne jede Benachteiligung der neuen Brücke durchzuführen.

6. Freiburg, 25. April. Der Zubruch zur Universität ist ein ungewöhnlich großer. Rund 700 neue Studenten haben sich bereits angemeldet. Man rechnet noch mit weiteren Anmeldungen, so daß die Gesamtzahl der Studierenden für das Sommersemester 1928 ungefähr 3000 betragen dürfte. Es herrscht ferner großer Mangel an Zimmern, so daß die Unterbringung der Studenten auf Schwierigkeiten stößt.

Geschäftliches

Die Creda, Kreditbank für Handel, Industrie und Gewerbe, G. m. b. H., deren Hauptsitz in Hamburg sich befindet, hat in Karlsruhe, Hebelstraße 9, eine Niederlassung errichtet. Das Unternehmen will sein Arbeitsgebiet in Baden weiter ausbauen. Die Aufgabe, die sich diese weitverbreitete Organisation gestellt hat, liegt in der wirksamen Bekämpfung des Mißbrauchs von Krediten von seiten der Käufer. Die Vereinigung übernimmt gegen einen mäßigen Jahresbeitrag das Einziehen jeglicher Außenstände, seien sie auch dubios, ausgedehnt oder verjährt, ohne daß den Mitgliedern Rechtsanwaltskosten entstehen an den Kläßen, wo die Creda eine Zweigniederlassung unterhält, nach ihrem langjährigen erprobten System. Dadurch, daß an jedem einmengen bedeuten den Kläße die Creda ihre eigene Vertreter hat, ist sie in der Lage, die Schuldner persönlich zu bearbeiten, so daß sie viel eher reagieren, als wenn sie von Zeit zu Zeit vom Gläubiger schriftlich aufgefordert werden. Das Rating-System, das infolge der wirtschaftlichen Schwäche in Handel und Industrie immer mehr festere Fuß faßt, erleichtert die Creda ihren Mitgliedern, indem sie für diese das Einziehen der jeweiligen fälligen Raten übernimmt. Die Creda unterhält auch eine Debitorenabteilung, die sich mit vertraulichen Beobachtungen und Ermittlungen jeder Art befaßt, und deren Inanspruchnahme eine Mitgliedschaft nicht bedingt.

Inkrafttreten der neuen Kraftfahrzeugsteuer

Am 1. April ist das neue Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 31. Dezember 1927 in Kraft getreten. Von diesem Zeitpunkt an treten also wesentliche Veränderungen in der Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer ein. Eine Erleichterung bringt das neue Gesetz vor allem für die Besitzer von Kraftfahrzeugen. Bis her waren nur die sogenannten Kleinstraßenfahrzeuge von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. In Zukunft werden alle Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum von nicht mehr als 200 ccm von der Steuer befreit sein. Alle Kraftfahrzeuge ferner, die ausschließlich zur Beförderung von Geräten von und zur Arbeitsstätte dienen, sowie alle Kraftfahrzeuge, die diesem Zweck in landwirtschaftlichen Betrieben dienen, sind gleichfalls steuerfrei.

Für Kraftfahrzeuge mit Antrieb durch Verbrennungsmaschine beträgt die Kraftfahrzeugsteuer für je 100 ccm Hubraum oder einen Teil davon, 6 M. Ein Kraftwagen darf jedoch das Gewicht von 350 Kilogramm nicht überschreiten. Kraftfahrzeuge mit höherem Eigengewicht gelten als Kraftwagen.

Für Personenkraftwagen mit Antrieb durch Verbrennungsmaschine beträgt die Kraftfahrzeugsteuer 12 M für je 100 ccm Hubraum oder einen Teil davon. Kraftomnibusse und Lastkraftwagen werden nach Gewicht versteuert. Die Steuer beträgt für sie, wenn sie durch Verbrennungsmaschine angetrieben werden, 30 M jährlich für je 200 Kilogramm Eigengewicht oder einen Teil davon. Elektrisch oder mit Dampf angetriebene Kraftfahrzeuge sowie Zugmaschinen ohne Güterabraum tragen nur eine halb so hohe Steuer, nämlich 15 M für je 200 Kilogramm Eigengewicht oder einen Teil davon. Auch Lastwagen, die gelegentlich als Personenkraftwagen benutzt werden, brauchen nur nach dem Tarif der Lastkraftwagen versteuert werden, wenn die hauptsächlich Verwendung als Lastkraftwagen gesichert ist und dieser nicht etwa häufiger zur Personenbeförderung benutzt wird. Zu diesen Tarifen kommt noch ein Zuschlag hinzu, der in dem Steuerjahr 1928/29 20 Proz. beträgt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Divisennotierungen

	26. April		25. April	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.22	168.56	168.33	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	111.97	112.19	112.04	112.26
Italien 100 L.	22.01	22.05	22.015	22.055
London 1 Pf.	20.377	20.417	20.384	20.424
New York 1 D.	4.1765	4.1845	4.1775	4.1855
Paris 100 Fr.	16.43	16.48	16.435	16.475
Schweiz 100 Fr.	80.47	80.63	80.51	80.67
Wien 100 Schilling	58.76	58.88	58.78	58.90
Prag 100 Kr.	12.375	12.395	12.378	12.398

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um 1/8 auf 6 1/2 Prozent erhöht.

Um die Mannheimer Gewerkschaft

In einer Gläubigerbesammlung, die Mittwoch abend stattfand und von etwa 1200 Personen besucht war, wurde ein offizieller Status vorgelegt. Danach beträgt der an die Beamtenbank gegebene Kredit rund 1 Million, wovon 700 000 Reichsmark als verloren angesehen werden müssen. Aus dem regulären Geschäft kommen Verluste in Höhe von 600 000 Reichsmark dazu, so daß der Gesamtverlust unter Vorbehalt

1,3 Millionen Reichsmark beträgt. Aber den Stand des Strafverfahrens durfte natürlich keinerlei Mitteilung gemacht werden. Nach dem Status vom 17. April, dem Tage der Zahlungseinstellung, beträgt die Bilanzsumme auf beiden Seiten 6 290 000 Reichsmark, wozu Giroverbindlichkeiten in Höhe von 2 155 000 Reichsmark kommen. Die Bilanzsumme verließ ziemlich erregt. Das Aufsichtsratsmitglied, Rechtsanwalt Dr. Weingart, gab eine Erklärung ab, wonach der Aufsichtsrat die nötige Aufsicht nicht unterlassen habe, daß er in seiner Gesamtheit allen Nachprüfungen, die jetzt verlangt würden, ehrlich und mit gutem Gewissen gegenüberstehen könne. Nur einem so gewiegten Sachmann wie Koettinger sei es möglich gewesen, Buchungen vorzunehmen, die bei verschiedenen Revisionen nicht entdeckt wurden. In den allerletzten Tagen ist noch eine hypothetische Belastung des Bankgebäudes mit 150 000 Reichsmark vorgenommen worden, die dazu diente, Mittel flüssig zu machen zur Weiterführung der Geschäfte. Auf den 30. April ist eine Generalversammlung einberufen.

Durch die Einstellung der Zahlungen sind zahlreiche Handwerker in eine überaus schwierige Lage gekommen, weil sie die Mittel zur Lohnzahlung und zur Einlösung fälliger Wechsel, zur Zahlung von Steuern und zur Begleichung sonstiger dringlicher Forderungen nicht beschaffen konnten. In einigen Fällen hat dieser Umstand auch schon zu Arbeiterentlassungen geführt. Auch wenn es gelingt, die Bank zu halten, wird es noch einige Zeit dauern, bis normale Verhältnisse für das Mannheimer Handwerk eintreten werden. Die Handelskammer Mannheim richtet daher an die Einwohnerschaft die dringende Bitte, ihre Handwerkerrechnungen möglichst rasch zu begleichen. Dies liegt nicht nur im Interesse des Handwerkers, sondern auch der Allgemeinheit, da weitere Rückwirkungen aus dieser Auflage des Handwerkers auf die gesamte Mannheimer Wirtschaft andernfalls unaussprechlich sein werden. — Nach der „Neuen Bad. Landesztg.“ ist es bisher noch nicht möglich gewesen, einen auch nur annähernden Überblick über den Status der Mannheimer Beamtenbank zu bekommen.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. In der Aufsichtsrats-sitzung am 23. April wurde die Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt, die einen Verlust von 34 862,47 M aufweist. Der Umsatz des Geschäftsjahres 1927 stellt sich um 20 % höher als derjenige des Vorjahres. Auch der derzeitige Auftragsbestand, der etwa 3,6 Millionen, gegen 2,5 Millionen zur gleichen Zeit des Vorjahres beträgt, hat eine recht beträchtliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre erfahren. Die Gesellschaft vermochte trotz dieser günstigeren Allgemeinerhältnisse im ersten Jahre nach der Sanierung noch keinen Gewinn zu erzielen, dagegen besteht die Hoffnung, daß nach Durchführung verschiedener im Gange befindlicher Reorganisations- und Rationalisierungsmassnahmen die Gesellschaft in absehbarer Zeit wieder günstiger Ergebnisse erzielen kann.

Das Ergebnis der Frankfurter Frühjahrsmesse. Mit dem Mittwoch hat die Frankfurter Frühjahrsmesse ihr Ende erreicht. Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Besuch gegenüber der Frühjahrsmesse des Vorjahres auf das Doppelte gestiegen ist. In geschäftlicher Beziehung kann man das Ergebnis der diesjährigen Frühjahrsmesse als mittelmäßig bezeichnen. Sie hat in erster Linie dazu gedient, zahlreiche neue Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Als recht erfreulich kann man die Beteiligung des Auslandes bezeichnen, wobei Frankreich an der Spitze stand. Dann folgten Dänemark und die Schweiz, Ungarn, Südslawien, England und andere mehr.

Die Schweizerische Mustermesse in Basel, die am gestrigen Dienstag für dieses Jahr ihre Pforten schloß, hat zum Besuch der Ausstellung 71 823 Einfäuferarten, 34 000 Besucherarten und noch eine große Anzahl Passpartouts ausgegeben. Der Besuch aus dem Ausland, namentlich aus Deutschland, war sehr lebhaft. Das Geschäft der Aussteller war allgemein günstig.

Bücheranzeige

Wilhelm Speyer: „Frau von Hanfa“. Roman. (Verlag Allstein Berlin.) — Mit sicher abwägendem Geschma und bemerkenswerter Offenherzigkeit rührt Speyer in seinem Roman an das Problem von Segualität und Ehe — und die dichterische Art der Darstellung bewahrt ihn dabei vor trockenem Theoretisieren; der große Pan spielt eine herührende Melodie in diesem Buch. — Der Band ist in der Reihe der 1-Mark-Allsteinbücher erschienen.

Verschiedenes

Bergwerkunglück in Oberbayern

W.D. Schafflach, 25. April. Auf der Kohlengrube „Marienstein bei Schafflach (Tölz) ereignete sich durch das verbotswidrige Fahren auf dem Gelell eines Bremsberges (Schrägaufzug zum Förderer der Kohlen) beim Schichtwechsel ein schweres Unglück, bei dem sechs Arbeiter den Tod fanden und ein weiterer schwer verletzt wurde. Die betreffenden Arbeiter führten mit dem Bremsgestell von der dritten zur zweiten Sohle heraus. Das Seil riß kurz unter der zweiten Sohle, und das seillose Gestell riß die sieben auf dem Bremsgestell fahrenden Bergarbeiter etwa 80 Meter mit in die Tiefe.

Die Erdbeben in Griechenland

In Korinth haben sich neue Erdbeben ereignet, die die Ver-nichtung der Stadt vollenden. Auch in Athen wurde in der vergangenen Nacht ein stärkerer Erdstoß wahrgenommen.

W.D. Rom, 26. April (Tel.) Die italienische Regierung hat den italienischen Kreuzer „Venezia“ und zwei Torpedobögel nach Korinth geschickt, die Hilfsmaterial des italienischen Roten Kreuzes mit sich führen.

Überschwemmungen in Australien

W.D. Northampton (Australien), 26. April. Im Tale von Dawson wurden weite Gebiete überschwemmt, wobei 7 Personen ertranken und 9 vermisst wurden. Durch die Überschwemmungen sind auch zahlreiche Baumwollpflanzungen und Herden von Milchzügen gefährdet worden.

Staatsanzeiger

Dem evang. Kirchengemeinderat in Mellingen wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 23. April 1928
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Dem Caritasverband der Diözese Mainz wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 21. April 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach.

„Credo“
Kreditschutz für Handel, Industrie und Gewerbe
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Hebelstraße 9 Telefon 4759
Inkassoabtlg. Auskunfts- Detektivabtlg.
Zentrale Hamburg
Zweigstellen: Berlin, Bremen, Frankfurt
a. M., Breslau, Leipzig, Essen, Köln, Stettin

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerel und Verlag)
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Karl - Friedrich - Straße 14
fertigt Drucksachen aller Art
für Industrie, Handel, Behörden
und Private
Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Öffentliche Verbandspartasse Durbach.
Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	5 868,47	1. Guthaben der Einleger:	
2. Guthaben bei Banken	11 813,17	a) Spareinlagen	192 154,81
3. Hypotheken-Darlehen	284 470,—	b) Giro-	
4. Darlehen an Gemeinden	44 248,—	einlagen	10 269,53
5. Darlehen auf Schuldscheine	108 127,30	2. Aufgenommene Kapitalien einschl. landw. Kredite	202 424,34
6. Einnahmerückstände	12 089,20	3. Rücklagen von früheren Jahren	254 387,20
7. Inventar	2 545,—	4. Geschäftsgewinn v. 1927	9 027,76
8. Aufwertungsfordernngen:		5. Geschäftsgewinn v. 1927	3 321,84
a) an unsere Schuldner	42 173,72	158 652,12	
b) Aufwertungsgefehlbetrag	116 508,40		
	627 813,26		627 813,26

Berechnung der Rücklagen.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 202 424,34 RM = 16 193,92 RM
Dieselbe beträgt am Jahresabschluss 1927 = 12 349,60 RM
Somit weniger = 3 844,32 RM

Durbach, den 21. April 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
F. S. Wörner, Bürgermeister.
Der Geschäftsführer:
G. Lang, Rechner.

Wahl der Vertreter der Unternehmer zur Genossenschaftsversammlung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus dem Kreise Karlsruhe.
Auf Grund der einzigen als gültig festgestellten Wahlvorschlagsliste des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für Baden gelten als Vertreter und Stellvertreter der Unternehmer in der Genossenschaftsversammlung der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Wahlperiode 1928/32 die nachfolgenden Personen als gewählt:
Vertreter:
1. Hofheinz, Max Friedrich, Altbürgermeister in Spöck.
2. Ehardt, Heinrich, Gutspächter in Hohenwettersbach.
3. Merton, Eduard, Gutbesitzer, Ritterhof b. Durlach.
4. Statter, Philipp, Landwirt in Elsenz.
Stellvertreter:
für 1: Baumann, Friedrich, Bürgermeister in Teutschneut.
Reidel, Georg, Gutspächter in Karlsruhe-Müppur.
2: Geiß, Ludwig, Landwirt und Bürgermeister in Hebdolsheim.
Schäfer, Albert, Gemeinderat in Wilferdingen.
3: Schühle, Jakob, Landwirt und Bürgermeister in Mühlbach.
Anderer, August, Landwirt u. Gemeinderat in Ehenrot.
4: Weber, Karl Ludwig, Bürgermeister in Hagsfeld.
Eiffasser, Otto, Landwirt, Budenberg bei Pforzheim.
Ich bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Anfügen, daß die Gültigkeit der Wahl binnen 8 Tagen beim Landesversicherungsamt in Karlsruhe angefochten werden kann. Während dieser Einspruchsfrist liegen die Wahlakten im Büro der Kreisverwaltung Karlsruhe zur Einsicht der Beteiligten offen.
Karlsruhe, den 23. April 1928.
Der Kreisvorsitzende als Wahlleiter:
Stritt.

Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik Sektion 8
An unsere Mitglieder!
Wir laden Sie zu der am Montag, den 14. Mai 1928, mittags 12 Uhr, im Kurhaus Baden-Baden stattfindenden
Sektionsversammlung
ergebenst ein.
Tagesordnung.
1. Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung.
2. Geschäftsbericht für das Jahr 1927.
3. Prüfung und Annahme der Jahresrechnung für 1927.
4. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1928.
5. Vorschlag für das Jahr 1929.
6. Bestimmung des Ortes der nächsten Sektionsversammlung.
7. Verschiedenes.
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik Sekt. 8
Der Vorstand:
B. Wagener.
Selbsthilfe bad. Kriegsblinder e. V.
Einladung.
Wir gestalten uns hiermit unsere verehel. Mitglieder zu der am Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Goldenen Adler“ in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße, stattfindenden Jahresversammlung für 1927 höflichst einzuladen. (§9 der Satzung).
Karlsruhe, den 24. April 1928.
Der Vorsitzende:
R. Löhle. S. 523

Ludwig Schwesgut
Karlsruhe i. B.
Königsplatz 4
beim Rondschnitzplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Badisches Landestheater
Freitag, 27. April 1928
*F 26 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 1201-1300
Die verkaufte Braut
von Smetana
Musikalische Leitung:
Josef Strips
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

COLOSSEUM
Ab 16.-30. April
Sensations-
Gastspiel
Piletto
Rastall II
der unerrichtete
deutsche
Meisterjongleur
mit dem internat.
Variété-Programm

Esmeralda Seibertich
Muff Köchlinger
Länge einstudiert von
Edith Bielefeld
Anfang 20 Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperrstih
7 RM.
Sa., 28. April:
Cyrano von Bergerac.
So., 29. April:
Erlau und Jolde.
Im Konzerthaus: Einmal.
Gastspiel Konrad Dreber:
Der alte Feinschmecker.

Kuschina Köser
Kathinka Stadl
Marie Blant
Nida Bogel
Agnes Welner
Wenzel Rentwig
Hans Schuster
Krejal Müller
Springer